

Entscheidung über Umgehung im Frühjahr

Planungen Landesbetrieb Mobilität informiert im Verbandsgemeinderat Hahnstätten über aktuellen Sachstand

Von unserem Redakteur
Uli Pohl

■ **Hahnstätten.** Bis zum Frühjahr soll in Gesprächen zwischen dem Landesbetrieb Mobilität (LBM), der Landesregierung und dem Bundesverkehrsministerium über die weitere Planung und Vorgehensweise zum Bau der Aarumgehung entschieden werden. Das teilten Ulrich Neuroth, Leiter des Landesbetriebs Mobilität (LBM), und sein Stellvertreter Lutz Nink im Rahmen der turnusmäßigen Information im Verbandsgemeinderat Hahnstätten mit.

„Alle Stellungnahmen der Ortsgemeinden zu den von uns entwickelten Varianten sind inzwischen bei uns eingegangen“, berichtete Neuroth. Er betonte nochmals, dass der LBM nichts gegen den Willen der Ortsgemeinden plane. Die Sachlage würde in den nächsten Wochen dem LBM Rheinland-Pfalz geschildert, bevor dieser Kontakt zum Bundesverkehrsministerium aufnimmt, der die Planung begutachtet und bewertet.

„Bisher sind nur 11 Millionen Euro für den Bau der Umgehung Flacht /Niederneisen vorgesehen. Das ist die Geschäftsgrundlage. Das würde aber nur für die Trassen ausreichen, die von den Gemeinden laut Stellungnahmen abgelehnt werden. Die favorisierten Varianten V und VI kosten um die 55 Millionen Euro“, gab Lutz Nink zu bedenken.

In die Planung der teureren Linien an der Abzweigung der Umgehung zwischen Flacht und Holzheim sei ein Tunnel unter der Aar und unter der Bahnlinie mit ein-



Der Straßenverkehr braust tagaus, tagein durch die Gemeinden an der Aar, so auch in Niederneisen. Im Verbandsgemeinderat ging es jetzt um die Umgehungspläne für das Aartal.

Foto: Andreas Galonska

bezogen, so Neuroth. Das erfordere eine Straßenführung, die mit Steilstrecken versehen sei und ein Eindringen des Wassers aus der Aar verhindere.

Die Gespräche mit dem Land und dem Bund bezeichnete Neuroth als ergebnisoffen. „Weiter werde wir versuchen die Kosten zu reduzieren. Mit den erforderlichen

Bauten ist dabei aber nicht mit einer größeren Summe zu rechnen“, sagte Neuroth.

Aus dem Rat kam der Vorschlag, eine neue Kosten-Nutzen-

Rechnung zu erstellen, in der die teureren Varianten einbezogen werden. „Dieser Schuss kann auch nach hinten losgehen“, entgegnete der Leiter, „da diese Rechnung, je nach Ergebnis, den Bund dazu bewegen könnte, von dem Projekt Abstand zu nehmen.“

Neuroth und Nink berichteten weiter, dass die noch ausstehende Umweltverträglichkeitsstudie II inzwischen vorliegt und eingesehen werden kann. Auch das Land habe Interesse, eine Entscheidung über weitere Planung der Aarumgehung herbeizuführen, da 10 bis 15 Prozent der Planungskosten vom Land getragen werden.

Karl Werner Jüngst, Ortsbürgermeister von Niederneisen, bat den LBM darum, die Verhandlungen voranzutreiben, da 2015 der Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben werde, und schon vorher über die Umgehung entschieden werden müsse. Jüngst betonte, dass die Gemeinden die Aarumgehung nicht um jeden Preis umsetzen wollten. Eine Entlastung der Anwohner an der B 54 dürfe nicht zu einer Belastung anderer und der Landschaft führen.

Abschließend richtete Volker Satony, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Hahnstätten, mahnende Wort an die Adresse des Vereins „Ja zur Aar“, der darüber geklagt hatte, dass alle bisher von den Bürgern eingebrachten alternativen Vorschläge zur Entlastung der Anwohner an der Bundesstraße in Niederneisen und Flacht von der Verwaltung abgelehnt worden seien. Er sagte: „Es gab keine Eingaben, die bei uns eingegangen sind.“